es in unseren Werken (den Solingerwerken) auch nicht so schlimm steht, wie die Sozialdemokraten behaupten, die immer von „Unterdrückung" der Arbeiter sprechen, beweist die Tatsache, daß wir eine Anzahl Führer der Sozialdemokraten seit 20, 15, 12 Jahren beschäftigen. Sie werden mir die Erregung nachfühlen, die mich ergreift, wenn ich daran denke, daß bei uns vier Brüder beschäftigt waren, von denen sich zwei jetzt noch bei uns befinden, und die nun alles, was von uns geschaffen und getan ist, in den Kot ziehen. Weiter wird von den Sozialdemokraten in ihrem Flugblatt behauptet, ich wolle eine Arbeiterkolonie gründen nur „zur Knechtung" der Arbeiter. Das ist mir gar nicht in den Sinn gekommen. Ich bin dabei lediglich von der Absicht geleitet worden, den Arbeitern bessere Wohnungen zu schaffen, denn das Traurigste für eine Familie ist doch, wenn sie keine oder wenn sie ungenügende Wohnung hat. Aber es liegt mir vollständig fern, den Arbeitern Wohltaten aufdrängen zu wollen. Wenn sie die Arbeiterkolonie nicht wollen, dann verzichte ich um so mehr darauf, als auch der hiesige Magistrat einige Bedenken gegen die Errichtung der Kolonie geäußert hat. Die 3 bis 4 Millionen, welche ich dafür aufwenden wollte, werde ich jedoch deswegen nicht ins Ausland gehen lassen, sondern ich werde Sorge tragen, daß Arbeitsgelegenheit dafür geschaffen wird. Aber das Handwerk leidet darunter; ihm wäre durch den Bau der Arbeiterkolonie Arbeitsgelegenheit gegeben worden, die ihm nun entgeht. Für unsere guten Absichten wirft mir die Sozialdemokratie den Vorwurf vor, daß ich nur die „Knechtung" der Arbeiter bezwecke. Wir haben in den Solingerwerken 800 Arbeiter, die von 6 bis zu 10 Jahren, 600 Arbeiter, die 11—15 Jahre, 300, die 16—20 Jahre, und 35 Arbeiter, die über 20 Jahre bei uns sind. Nun lesen Sie einmal das sozialdemokratische Flugblatt mit seiner Verhetzung unserer Arbeiter! Wenn die Arbeiter nicht gern bei uns wären, so würden sie andere Arbeitsgelegenheit suchen! Bei mir ist nicht zu befürchten, daß ich die Arbeiter alle die Schmähungen und Verleumdungen, die gegen mich verbreitet werden, entgelten lassen werde. Alle gegen mich gerichteten Angriffe sollen mich nicht abhalten, auch ferner nach besten Kräften für meine Arbeiter zu sorgen! (Stürmischer Beifall.) . . Wenn die Verhetzung seitens der Sozialdemokratie immer weiter geht, wenn die Sozialdemokratie nicht aufhört, alles schlecht zu machen, was man für die Arbeiter tut, wenn sie die Liebe zur Religion, zur Familie, zu Vaterland und Fürst unablässig in den Kot zieht, so ist das im höchsten Grade bedauerlich und verwerflich".

Diese Rede des nationalliberalen Kandidaten kennzeichnet an konkreten Tatsachen, wie die Sozialdemokratie alles und jedes verächtlich macht, was von anderen Parteien, vom Staate oder von Einzelnen im Interesse der Arbeiter geschieht und unter Aufwendung großer Opfer geleistet wird. Trotz einer solchen verwerflichen, verbitternden Verhetzung wird sich die nationalliberale Partei niemals in ihrer Arbeiter-Fürsorge beirren lassen. Sie erwartet dabei von der Sozialdemokratie keinen Dank und keine Anerkennung, sondern handelt nach ihrer freiwillig übernommenen Pflicht, sich lediglich von der Sorge um das Gemeinwohl leiten zu lassen.

Anarchistisches Attentat gegen Schiffe.

Die Nachrichten aus Valparaiso, daß die Anarchisten daselbst im dringenden Verdacht stehen, ein Attentat gegen den Dampfer „Arequipa" verübt zu haben, haben überall Aufregung und Abscheu hervorgerufen. Wer die anarchistische Bewegung kennt, wird wissen, daß sie gerade in Südamerika unter den Spaniern die weiteste Verbreitung gefunden hat; die Zahl der anarchistischen Blätter, die freilich oft nur einige Wochen leben, geht dort in die Dutzende. Argentinien sah sich bekanntlich vor einiger Zeit genötigt, eine größere Anzahl spanischer und italienischer Anarchisten auszuweisen. Der rührigste anarchistische Agitator Pierconti, der nach Italien ausgeliefert werden sollte, entfloh auf ganz eigenartige Weise vom Schiff. Den Genossen in Barcelona war es gelungen, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Sie rüsteten ein Boot aus, das sich unauffällig in der Nähe des Schiffes zu schaffen machte; in einem unbewachten Augenblicke soll sich dann Pierconti ins Meer gestürzt haben und von dem Boote aufgenommen worden sein. Er begab sich nach London, und Alfred Roller ließ alsbald in anarchistischen Blättern erklären, die Freude aller Anarchisten über die Rettung Pierconts aus den Klauen der internationalen Polizei sei unbeschreiblich. Natürlich schnaubten nun die Anarchisten aller Länder Wut gegen die Schiffsgesellschaften, welche die „armen, unschuldigen" anarchistischen Genossen von Amerika nach Europa befördert hatten und die doch eigentlich verpflichtet gewesen wären, die Beförderung abzulehnen. Die Genossen Hulls ließen durch Otto Mathews erklären: „Die Frau unseres Genossen Mac Queen, der in Amerika zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt war, wollte ihrem Manne nach Amerika folgen, wurde aber von der amerikanischen Behörde verhindert, zu landen, und gezwungen, mit zwei kleinen Kindern zurück nach England zu gehen. Hier angekommen, weigerte sich die Dampfer-Gesellschaft, ihre Sachen herauszugeben, bis Frau Mac Queen die Rückreise für sich und die Kinder bezahlt hätte." — Auch die deutschen Genossen wurden seinerzeit (Februar d. J.) aufgefordert, für Frau Mac Queen zu sammeln. Bei einem Streik in Buenos Aires kam es zu tollen Scenen in Boca Baracas, dem Fabrikviertel. Die Anarchisten ließen „alle Puppen" tanzen, so daß die Regierung sich gezwungen sah, einen Gesetzentwurf gegen die Anarchisten einzubringen. Triumphierend verkündete Genosse Samu, „Argentinien könne mit Recht als Hochburg der Anarchie" bezeichnet werden. Hält man sich ferner vor Augen, daß in Südamerika eine Anarchisten-Kolonie nach der anderen verkrachte und daß darauf hin die Wut des anarchistischen Gesindels gegen die bestehende Ordnung noch gesteigert hatte, so kann man angesichts der unerhörten Sprache der südamerikanischen Anarchistenblätter nicht überrascht sein von den Meldungen, daß die Anarchisten Attentate gegen Schiffe versuchen. Für uns Deutsche ist es ja vielleicht ein Trost, daß Nachrichten von Attentaten gegen deutsche Schiffe nicht vorliegen; aber dieser Trost ist ein geringer, denn es handelt sich um verbrecherische Pläne, gegen welche die ganze Menschheit sich zur Abwehr aufraffen muß.

Chamberlains Reichszollverband.

Die Anhänger der Chamberlainschen Zollpolitik hüten sich begreiflicherweise wohl, im gegenwärtigen Augenblick das auszusprechen, was die Ursache und zugleich das eigentliche Ziel der geplanten britischen Wirtschaftsreform ist. Wie erinnerlich, sind die Bemühungen der Reichsregierung, die Kolonien zu einer größeren Beteiligung an den physischen und finanziellen Aufwendungen des Reiches zu Verteidigungszwecken heranzuziehen, nur in geringfügigem Maße geglückt. Während Australien, Neuseeland und Britisch-Südafrika eine Erhöhung ihrer Beiträge zugesagt haben, die indessen neben dem Milliarden-Budget des Heeres- und des Flottenetats kaum in Betracht kommen kann, hat sich Kanada nicht nur durchaus ablehnend verhalten, sondern sogar zu verstehen gegeben, daß es sich die Entscheidung über die Verfügbarkeit seiner militärischen und maritimen Streitkräfte in jedem Falle vorbehalten will. Das hat, wie es scheint, den Leiter des Kolonialamtes, der soviel für die Kolonien getan hat, zu dem Versuche bestimmt, mittels Gewährung von Vorzugszöllen die Frage der Reichsverteidigung zu lösen. Und in der Tat dürfte dieser Hinweis nachgerade der einzige geworden sein, den Herr Chamberlain der öffentlichen Meinung, die den Schutzzoll verwirft, entgegenhalten kann. Freilich bleibt es trotzdem recht fraglich, ob die Bevölkerung zu seinen Gunsten entscheiden wird, denn darüber fehlt noch jeder Anhalt, wie sich die Kolonien zu dem im Falle der Gewährung von Vorzugszöllen sicher zu erwartenden Ansinnen einer weiteren Beteiligung an den Ausgaben für die militärischen Bedürfnisse des Mutterlandes stellen würden. Die Kolonien befinden sich gegenüber England in einer zweifellos sehr günstigen Lage: ob ein Reichszollverband zu stande kommt oder nicht, das Mutterland wird sich der Verpflichtung des Schutzes der Kolonien und ihrer Interessen nicht entziehen können und wollen, es wird nach wie vor die ungeheuren Lasten des Reichsbudgets im wesentlichen aus eigener Tasche zahlen und mitansehen müssen, daß die eine oder die andere Kolonie ihre eigene politische und wirtschaftliche Bedeutung auf Kosten der englischen Vormacht vermehrt. Die Mehrzahl der selbständigen Kolonien wird vorwiegend aus finanziellen Erwägungen dazu geführt, der Gewährung von Vorzugszöllen zuzustimmen, deren die Ausfuhr der Kolonien nach dem Mutterlande steigernde Wirkung eine etwaige Vermehrung der Leistungen für die Zwecke der Reichsverteidigung wettmachen soll.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 11. Juni. (Die angebliche Ministerkrisis.) Unter dieser Ueberschrift teilt die „Köln. Ztg." die folgende, ihr von hier, anscheinend von offiziöser Seite zugegangene Darlegung mit: Gegenüber den Ausstreuungen über eine umfassende Umbildung des preußischen Staatsministeriums ist folgendes zu bemerken. Daß in etwa zwei Monaten der Kriegsminister v. Goßler ausscheiden und durch seinen jetzigen Stellvertreter Generalleutnant v. Einem ersetzt werden wird, pfeifen die Spatzen seit vier Wochen vom Dache; eine politische Bedeutung besitzt dieser Wechsel nicht. Ob Herr v. Podbielski wirklich den von ihm gemeldeten Ausspruch getan hat: „Nach der Heuernte verduft ick", ist uns nicht bekannt. An amtlichen Stellen ist seine etwaige Absicht, demnächst in den Ruhestand zu treten, nicht verlautbart worden. Sollte er diese Absicht in der Tat hegen, so dürften für ihre Ausführung schwerlich politische Beweggründe maßgebend sein. Aus den parlamentarischen Verhandlungen des letzten Winters ist zur Genüge bekannt, daß Herr v. Podbielski wochenlang unter den größten Schmerzen an Ischias und Gicht das Bett hat hüten müssen und daß diese Krankheiten ihn in der Erledigung seiner Amtsgeschäfte vielfach gehindert haben. Er hat mit Rücksicht auf sein körperliches Befinden sich auch damit einverstanden erklärt, daß der im Etat geforderte Umbau seines Ministeriums verschoben werde; schon damals sprach er sich dahin aus, daß er diesen Umbau lieber einem Nachfolger vorbehalten möchte. Aber, wie gesagt, eine zuverlässige Nachricht, daß er schon jetzt sich entschlossen habe, zurücktreten, liegt nicht vor. Völlig unbegründet ist die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritte des Justizministers Schönstedt. Der Minister hat allerdings niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er nicht am Amte klebt, und noch jüngst, als er am 6. Januar sein 70. Lebensjahr vollendete, hat er sich bereit erklärt, sein verantwortliches Amt einer jüngeren Kraft zu übertragen. An maßgebender Stelle ist ihm gegenüber aber der Wunsch ausgesprochen worden, daß er noch recht lange an der Spitze der Justizverwaltung bleiben möge, zumal er das besondere Vertrauen sowohl des Königs wie seiner Ministerkollegen und der Justizbehörden genießt; sein Rücktritt ist also für übersehbare Zeit ausgeschlossen. Wenn schon jetzt als seine Nachfolger hochgestellte Juristen namhaft gemacht werden, so sind das ebenso phantastische Ausstreuungen, wie die jeden Anhalts entbehrenden Nachrichten, daß die Stellung der Minister Studt und Frhr. v. Hammerstein erschüttert oder daß der Rücktritt des Oberpräsidenten von Schlesien, Herzogs zu Trachenberg, aus irgend einem andern Grunde als wegen seines Augenleidens erfolgt sei.

* **Berlin**, 11. Juni. (Die Bekämpfung der Wurmkrankheit.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht über die Durchführung der Maßregel, durch mikroskopische Untersuchungen die wurmbehafteten Personen des Oberbergamtsbezirks Dortmund zu ermitteln und die aus der Arbeit Ausscheidenden einer Abtreibungskur zu unterwerfen, folgendes:

„Für insgesamt 52 von der Krankheit befallene Gruben wurden derartige Untersuchungen für die ganzen unterirdischen Belegschaften angeordnet, auf 29 von der Zechenverwaltung selbst und auf 23 durch Anordnung des Oberbergamts Dortmund. Die Untersuchungen erfolgen überall auf Kosten der Werke und müssen regelmäßig wiederholt und möglichst beschleunigt werden. Wöchentlich sind mindestens 200 Arbeiter jeder Zeche zu untersuchen. Die Wurmbehafteten werden einer Abtreibungskur unterworfen und der Arbeit unter Tage entzogen, bis sie wurmfrei sind. Nach der Wiederanlegung werden sie mindestens dreimal binnen vier Wochen untersucht. Die Anordnungen enthalten auch besondere Vorschriften über die Einrichtung, Reinigung und Desinfektion der Aborte unter Tage und verbieten die Berieselung mit Sumpfwasser. Gleiche Maßnahmen stehen für weitere Zechen in Aussicht. Zur richtigen Auswahl wird durch eine allgemeine Bergpolizeiverordnung für sämtliche Steinkohlengruben des Oberbergamtsbezirks Dortmund die Untersuchung von 20 Prozent der unterirdischen Belegschaft vorgeschrieben werden. Bei der Zeche Erin ging von der ersten zu der zweiten Durchmusterung die Zahl der Wurmträger von 79 Prozent auf 44 Prozent, auf Julia von 20 auf 15,67 Prozent herab. Eine weitere Polizeiverordnung wird die Anlegung jedes Arbeiters zur unterirdischen Arbeit von dem Nachweis abhängig machen, daß Wurmeier bei ihm nicht gefunden werden. Dazu ist für eine genügende Anzahl zur Untersuchung Wurmkranker ausgebildeter Aerzte und Krankenhäuser gesorgt. Erkrankungen von Familienangehörigen der Wurmkranken kamen nicht vor. Die Kosten der Bekämpfungsmaßregeln übernahm der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum, er bewilligte dazu 200 000 ℳ, wovon 75 000 ℳ verausgabt worden. Die Kosten, die durch die Maßnahmen für die einzelnen Gruben, insbesondere für die Feststellung der Krankheit, erwachsen, tragen die Zechenverwaltungen. In Oberschlesien wurden trotz wiederholter Untersuchungen seit 1900 keine und in den übrigen Oberbergamtsbezirken überhaupt keine Fälle von Wurmkrankheit bekannt."

— Der Kaiser traf im Laufe des heutigen Nachmittags in Berlin ein und begab sich zum Reichskanzler Grafen v. Bülow. Um 7 Uhr nahm der Kaiser an einem Diner beim Offizierkorps des 1. Garde-Feld-Artillerieregiments teil. Abends gedenkt der Kaiser nach dem Neuen Palais zurückzukehren.

— Mit besonderer Schnelligkeit soll, wie das „B. T." zu berichten weiß, diesmal das Reichstagswahlergebnis aus ganz Deutschland festgestellt werden und im großen ganzen schon am Tage nach der Wahl vormittags bekannt sein. Durch eine Rundverfügung der preußischen Regierungen sind die Wahlkommissare angewiesen, das Wahlergebnis aus den einzelnen Wahlkreisen bis 7 Uhr morgens (17. Juni) an die Regierungspräsidenten telegraphisch zu melden. Um 8 Uhr morgens will der Reichskanzler bereits Kenntnis über die Wahlresultate aus allen Bezirken haben. Durch die Wahlkommissare, deren Bureaux die ganze Nacht hindurch geöffnet sind, sind die Wahlvorsteher angewiesen, die Wahlergebnisse aus allen Wahlbezirken telegraphisch, telephonisch oder durch Eilboten bis 5 Uhr morgens zu übermitteln. Die Postämter sind deshalb in der Nacht vom 16. zum 17. Juni geöffnet. Die Vermittlung der Wahlergebnisse an die Wahlkommissarien geschieht auf Staatskosten, das heißt gebührenfrei. Früher war den Wahlvorständen drei Tage Zeit gelassen zur schriftlichen Uebermittlung der Wahlresultate.

— Gegen den Hirtenbrief des Fürstbischofs Kopp nahm bereits eine Versammlung der Berliner Polen Stellung. Es wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß der Hirtenbrief in den katholischen Kirchen Berlins und der Vororte zur Verlesung gelangt sei. Einer der bekanntesten Polenführer, Schneidermeister Berkan, erklärte, der Hirtenbrief werde noch zur Stärkung der polnischen Bewegung beitragen und so das Gegenteil von dem bewirken, was er bezwecke. Im Interesse der Kirche liege dieser Hirtenbrief wahrlich nicht. Andere Redner beschuldigten den Fürstbischof direkt der Liebedienerei gegen die Regierung. Herr Kopp habe die Interessen des Zentrums denen der Kirche vorangesetzt. Die Geistlichkeit habe überhaupt außerhalb der Kirche nichts dreinzureden. Ein polnischer Geistlicher warnte vor zu scharfer Bekämpfung des Zentrums, dessen Hülfe die Polen nicht entbehren könnten. Seitens der polnischen Sozialisten wurde unter Hinweis auf die antipolnischen Angriffe des Fürstbischofs versucht, die Polen zur Abgabe ihrer Stimmen für die Sozialdemokratie zu veranlassen. Angeregt wurde ferner, den Hirtenbrief durch rege Beteiligung an den Kirchenwahlen zu beantworten, damit die Herren Geistlichen, wo nur irgend möglich, mit polnischen Kirchenvertretern zu rechnen hätten. Das Vorgehen der Polen in Oberschlesien und ihre Auflehnung gegen die bisherigen Zentrumsabgeordneten wurden gutgeheißen.

— Der Bartbsche Freisinn hat es um die Sozialdemokratie wahrlich verdient, von dieser rücksichtsvoll behandelt zu werden. Aber die Sozialdemokraten erkennen dieses Verdienst nur an, wo sich ihnen die Bartbsche Partei als Hülfstruppe zur Verfügung stellt. Wo es aber die freisinnige Vereinigung wagte, gegen die Sozialdemokratie aufzutreten, wird sie von dieser so schlecht behandelt, wie es nur der Sozialdemokratie möglich ist. So hebt die „Danziger Zeitung" hervor, daß der in Danzig aufgestellte Kandidat des Bartbschen Freisinns mit einer Flut von sozialdemokratischen Schmähworten überschüttet werde: „Drückebergerei der Bankdirektorenpartei", „Winseln wie eine hysterische Jungfrau", „Jammerlappen", „politischer Eunuch", „schmähliche und schustige Unterdrückung der Rede- und Meinungsfreiheit", „geistig bankerott und abgewirtschaftet", „liberal sich nennender Haufen", „blödsinniger freisinniger Hokuspokus", „freisinnige Schwindelpolitik" — das sind so einige Perlen aus dem sozialdemokratischen Schimpfwörterschatze.

— Der bisherige Reichstagsabgeordnete für Fritzlar, Homburg und Ziegenhain, Liebermann v. Sonnenberg, teilt in einem offenen Briefe folgendes mit: „Ich werde, um es zu ermöglichen, meinen Freunden überall noch die Hand zu drücken, in den nächsten Tagen mit dem Automobil den Wahlkreis durchfahren und in den Dörfern auf einige Minuten halten. Wer gerade zu Hause ist, den bitte ich zu mir zu kommen." Hoffentlich führt Herr v. Liebermann dabei nicht gerade einige seiner besten Freunde über den Haufen.

— Am 10. Juni 1903 verstarb im 55. Lebensjahre nach längerer Krankheit der vortragende Rat im preußischen Justizministerium, Geheime Oberjustizrat Werner. Der „Staatsanz." widmet ihm einen sehr warmen Nachruf, dessen Schluß lautet:

In seinen wechselnden Stellungen, in der Tätigkeit als Staatsanwalt, im richterlichen Berufe wie als Justizverwaltungsbeamter hat Werner Hervorragendes geleistet. Mit einer gediegenen juristischen Bildung verband er einen seltenen Blick für die praktischen Lebensverhältnisse und ein ungewöhnliches organisatorisches Geschick. Eigene Neigung wie besondere Befähigung wiesen ihn gerade auf das Gebiet, dem seine Tätigkeit im Justizministerium vorzugsweise gewidmet war: das Bau- und Gefängniswesen. Die Ordnung für die Gefängnisse der Justizverwaltung von 1898 ist sein Werk. Bei zahlreichen Neubauten von Gerichtsgebäuden und Gefängnissen, namentlich bei den noch unvollendeten Bauten aus Anlaß der Berliner Gerichtsorganisation, war es Werner, der die mit solchen Aufgaben verbundenen großen Schwierigkeiten ebnete und den Architekten die Grundlagen für ihr Schaffen bereitete. Eine ganz ungewöhnliche, nie ermüdende Arbeitskraft und eine seltene Liebenswürdigkeit der Umgangsformen kamen ihm bei der Lösung solcher Aufgaben zu statten. Der frühe Tod des reichbegabten Mannes hinterläßt eine schwer ausfüllbare Lücke in dem Ministerium, dem er angehörte, wie in dem großen Kreise der Amtsgenossen und Freunde, denen die Lauterkeit seines Charakters, der Reichtum seiner Bildung und die Herzlichkeit seines Wesens unvergeßlich bleiben werden.

— Der Ausschuß der preußischen Apothekerkammern hat neulich in seiner Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: Hinsichtlich des Antrages der Kammer von Sachsen über die Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Apotheken auf Grundlage der Vorschläge des Deutschen Apotheker-Vereins erkannte der Ausschuß an, daß durch die Resolution des Reichstages alles erreicht sei, was vorläufig erreicht werden konnte. Der Antrag, der bei der Abstimmung die Mehrheit der Kammern gefunden hatte, wurde daher einstweilen zurückgestellt und dem Vorsitzenden der Auftrag erteilt, zur geeigneten Zeit entsprechende Schritte zu tun. — Die Forderung der Einführung von Ehrengerichten wurde vorläufig fallen gelassen.

— Es ist mehrfach die Frage aufgeworfen worden, ob die Krankenkassen verpflichtet seien, denjenigen Mitgliedern, welche vom Kassenvorstand auf Veranlassung des Kassenarztes einem auswärts wohnenden Spezialarzt zur Behandlung überwiesen werden, die entstehenden Eisenbahnfahrkosten — eventuell welcher Wagenklasse? — zu zahlen. Wenn die Notwendigkeit spezialärztlicher Behandlung vorliegt, bezw. von der Kasse anerkannt wird, muß die Kasse auch die Reisekosten tragen. Welche Bahnklasse zu vergüten ist, wird von der allgemeinen Lebensstellung des Versicherten abhängen. — Die von einigen Gerichten vertretene Auffassung, § 3 des Haftpflichtgesetzes stelle grundsätzlich die Witwen, die einen Verletzten nach einem Unfall geheiratet, denen gleich, die vorher die Ehe geschlossen, ist vom Reichsgerichte als irrig verworfen worden. Ausdrücklich werde in dem betreffenden Paragraphen gesagt, daß der Witwe Ersatz gewährt werden soll für den Unterhalt, den sie durch den Todesfall verliere, und darunter könne doch nicht ein Unterhalt verstanden werden, den die Witwe bei Lebzeiten des Mannes nie gehabt. Daß die Witwe des Verunglückten auch dann zu einer Rente berechtigt sei, wenn sie ihm erst nach dem Unfall angetraut ist, wird vom obersten deutschen Gerichtshof verneint.

— Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung erklärte sich heute unter Zurückweisung weitergehender sozialdemokratischer Anträge damit einverstanden, daß städtischen Arbeitern, die fünf Jahre im städtischen Dienste stehen, jährlich ein Urlaub von einer Woche, und zwar unter Fortbezug des Lohnes, gewährt werde. Die Sozialdemokratie versuchte in die Debatte hierüber agitatorische Gesichtspunkte hineinzuflechten, die Versammlung ließ aber nur praktische Momente gelten. Ferner beschäftigte sich die Versammlung u. a. mit der Organisation der Reinigungsarbeiten in den höheren Lehranstalten, wobei ein Antrag des Stadtverordneten Rosenow zur Annahme gelangte, die Klassenzimmer täglich zu reinigen.

— Der hiesige bayerische Gesandte Graf v. Lerchenfeld-Köfering hat Berlin mit Urlaub verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Legationssekretär Graf zu Ortenburg-Tambach die Geschäfte der Gesandtschaft.

— Zum Berghauptmann in Dortmund ist der vortragende Rat im Handelsministerium Baur ernannt worden.

* **Elbing**, 11. Juni. Rechtsanwalt Stroh-Elbing und Gutsbesitzer Wunderlich-M. Röhrau sind vom Bundesvorstande des Bundes des Landwirte in Berlin aus dem Bunde ausgeschlossen worden, weil sie gegen den offiziellen Bundeskandidaten v. Oldenburg agitiert haben. (Elb. Ztg.)

* **Hannover**, 11. Juni. Geheimer Regierungsrat Dr. Sattler, der Landtagsabgeordnete von Hannover, würde am Sonnabend dieser Woche im Kreise der Seinen die silberne Hochzeit feiern können, wenn — er es nicht als seine Pflicht erachtete, bis zum Wahltage in dem bisher von ihm vertretenen 18. hannoverschen Wahlkreise an möglichst vielen Orten den Wählern Rechenschaft über seine Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter abzulegen. Der geschäftsführende Ausschuß des Provinzialwahlkomités der nationalliberalen Partei Hannovers wird Herrn Dr. Sattler eine Glückwunschadresse überreichen.

* **Iserlohn**, 11. Juni. Nachdem eine gemeinschaftliche Sitzung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden hat, fand gestern eine Sitzung der Fabrikanten- und Arbeitgebervereinigung statt, in der, der „Rh. W. Ztg." zufolge, von den Arbeitgebern die Bedingungen, die zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart worden sind, gut geheißen und angenommen wurden, sodaß also der Streik oder vielmehr die Aussperrung für beendet anzusehen ist. Die Arbeit kann jederzeit wieder aufgenommen werden. Eine Anerkennung der Organisationen der Arbeiter bleibt ausgeschlossen.

♯ **Eisenach**, 11. Juni. Die deutsche evangelische Kirchenkonferenz ist heute im großherzogl. Residenzschloß zusammengetreten, um Beschluß zu fassen über die bereits viel erörterte Frage des engeren Zusammenschlusses der deutschen evangel. Landeskirchen. Zu der Konferenz sind folgende Abgeordnete erschienen: Präsident D. Dr. Barkhausen, Frhr. von der Goltz und Wirkl. Oberkons.-Rat D. Braun-Berlin, Generalsup. D. Vieregge-Magdeburg, Wirkl. Oberkons.-Rat Voigts und Abt D. Hartwig-Hannover, Kons.-Präs. Dr. D. Kalthäus-Kiel, Generalsup. Lohr-Cassel, Präs. des königl. bayer. Oberkonsistoriums v. Schneider und Oberkons.-Rat D. Kelber-München, Kons.-Rat Mey-Speyer, Präs. von Zahn und Oberhofprediger D. Ackermann-Dresden, Präs. Frhr. von Gemmingen und Prälat D. von Sandberger-Stuttgart, Wirkl. Geheimrat Dr. Wielandt und Prälat D. Helbing-Karlsruhe, Oberkons.-Rat D. Buchner und Oberkons.-Rat D. Dr. Flöring-Darmstadt, Präs. Giese und Geh. Oberkirchenrat D. Bard-Schwerin, Staatsminister Dr. Rothe-Weimar, Geh. Kirchenrat D. Nicolai-Altstedt, Kons.-Rat Präsicke-Neustrelitz, Oberhofpred. D. Hansen-Oldenburg, Präs. Spies und Generalsup. Moldenhauer-Wolfenbüttel, Staatsrat Trinks-Meiningen, Staatsminister von Helldorf und Generalsup. D. Lohof-Altenburg, Staatsminister Hentig und Kirchenrat D. Rudloff-Gotha, Oberkons.-Rat Werner-Dessau, Staatsminister Petersen und Oberhofprediger Zahn-Sondershausen, Generalsup. Dr. Braune und Geh. Staatsrat v. Holleben-Rudolstadt, Kammerpräs. Frhr. von Hadeln-Arolsen, Geh. Staatsrat Graefel-Gera, Kons.-Rat Dr. Kuhlgatz-Bückeburg, Generalsuperintendent Wessel-Detmold, Senator Dr. Plessing-Lübeck, bei dessen Behinderung Senior D. Ranke, Senator Dr. Ehmcke-Bremen, Hauptpastor D. Grimm-Hamburg, Geh. Oberregierungsrat Frhr. von der Goltz-Straßburg und Kons.-Präsident Schwendner-Buchweiler. Der Vorsitzende gedachte des seit der letzten Tagung verstorbenen Oberkonsistorial-Rats Risch-Speyer und des durch Amtsniederlegung ausgeschiedenen Generalsuperintendenten Kretschmar-Gotha und gab einen Bericht über die Tätigkeit des ständigen Ausschusses während des verflossenen Jahres. Zur Vorbereitung der Frage eines engeren Zusammenschlusses der deutschen evangelischen Landeskirchen gaben darauf der Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums in Dresden von Zahn und Oberkonsistorialrat D. Kelber-München einen einleitenden Bericht bezüglich des von der letzten Eisenacher Konferenz gewählten Dreizehner-Ausschusses der Konferenz gemachten Vorschläge zu einem engeren Zusammenschluß der deutschen evangelischen Kirchenregierungen. Dann trat man in eine allgemeine Besprechung der Angelegenheit, welche morgen fortgesetzt wird.

* **Breslau**, 11. Juni. Die Abschiedsfeier zu Ehren des Erbprinzen Bernhard von Sachsen-Meiningen findet, wie nunmehr endgültig feststeht, am 20. d. M. im Gebäude der Zwingergesellschaft zu Breslau statt. Bei dem beschränkten Raume daselbst und da von der Militärbehörde, die ihre Einladungen bis zum Bataillonskommandeur abwärts ergehen läßt, für etwa 150 Personen Platz erbeten wird, bleiben für Civilpersonen aus ganz Schlesien nur etwa 120 Plätze verfügbar. Es ist deshalb, wie die „Schles. Ztg." schreibt, nicht möglich, die Aufforderung zur Teilnahme an weitere Kreise ergehen zu lassen.

* **München**, 11. Juni. Für die bayerische Gesandtschaft in Dresden dürfte an Stelle des zurücktretenden Frhrn. v. Riethammer der jetzt in Bern amtierende Graf Montgelas, für diejenige in Petersburg als Nachfolger des Frhrn. v. Gaßer der rangälteste Legationsrat Frhr. v. Gutenberg in Betracht kommen. — Der angekündigte Personenwechsel in der päpstlichen Nuntiatur zu München hat sich bereits vollzogen. Die Münchener „Allg. Ztg." meldet: Der apostolische Nuntius Msgr. Macchi und dessen Uditore Msgr. Montagnini hatten am Mittwoch vormittag dem Prinz-Regenten Besuche ab, bei welcher Gelegenheit Msgr. Montagnini sich verabschiedete. Der Regent zeichnete dabei den scheidenden Uditore mit dem Verdienstorden vom hl. Michael 2. Klasse aus. Nach dem Besuch beim Prinz-Regenten fuhren die beiden Herren zu gleichem Zweck zu den Mitgliedern des königlichen Hauses. Msgr. Montagnini kehrt nach nur achtmonatiger Tätigkeit in München wieder auf seinen Posten als Uditore nach Paris zurück, von wo er im November vorigen Jahres hierher berufen wurde. Ueber seinen Nachfolger sind noch keine Bestimmungen getroffen worden; man glaubt, daß der Uditore bei der Nuntiatur in Brüssel, Msgr. Vasallo di Taragrossa, der erst im Oktober vorigen Jahres von hier aus, wo er den Sekretärposten bekleidete, als Uditore nach Brüssel kam, Msgr. Montagnini ersetzen wird.

Italien.

Krisengerüchte.

* **Rom**, 11. Juni. Gegenüber Gerüchten, als stände die Demission des ganzen Kabinetts oder doch einzelner Mitglieder desselben bevor, sagt die „Tribuna", das Gerücht entbehre bislang jeder Bestätigung. Es sei indessen wahr, daß heute Zanardelli und Giolitti eine lange Besprechung gehabt hätten. „Capitan Fracassa" meldet, daß morgen ein Ministerrat stattfinden wird.

Großbritannien.

Zollfragen.

* **London**, 11. Juni. (Unterhaus.) Auf die Anfrage Buxtons, ob die Regierung den Schriftwechsel mit Deutschland bezüglich der Bewilligung von Vorzugszöllen für englische Waren durch Kanada veröffentlichen würde, antwortete der Premierminister Balfour, der Schriftwechsel sei noch nicht vollständig und könne daher nicht veröffentlicht werden.

Orient.

* **Athen**, 11. Juni. Die Prinzessin Nikolaus ist von einer Tochter entbunden, die den Namen Olga erhielt. — Die Bewegung im Peloponnes gegen das Korinthen-Monopol hat infolge der getroffenen Maßnahmen nachgelassen.

Afrika.

Krieg gegen Fezzan.

* **Beni-Unif**, 11. Juni. Der von dem General O'Connor den Einwohnern von Fezzan bewilligte Aufschub lief heute vormittag 8 Uhr ab. Die Vertreter von 7 Dörfern trafen früh ein, um ihre Unterwerfung anzubieten und werden